

Schluss mit Absurdistan

Landesregierung sorgt für Gerechtigkeit in der Förder-Landschaft

Es war ein Stück aus dem Tollhaus, und es war noch ein Relikt aus Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung. Nach deren Erlassen durften in Wuppertal bitter nötige Projekte aus dem Programm „Soziale Stadt“ nicht umgesetzt werden - obwohl sie auf der Liste des Regionalrates ganz oben angesiedelt und bewilligt waren. Denn die Stadt durfte den (teilweise minimalen) Eigenanteil wegen ihrer maroden Haushaltslage nicht einbringen. So gingen Millionenzuschüsse zur Verbesserung der sozialen Landschaft an reichere Kommunen in NRW. Das wird sich ab sofort ändern.

„Wir sind sehr erleichtert“, erklärten unisono Stadtkämmerer Johannes Slawig, Regionalratsmitglied Klaus-Jürgen Reese und der SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Bell. In Gesprächen mit dem Innenministerium und der Bezirksregierung wurden jetzt Wege gefunden, wie die bisherigen Hürden umgangen werden können. Damit fällt nach zweijähriger Verzögerung endlich der Startschuss für eine ganze Reihe von Projekten in Wichlinghausen und Oberbarmen.

Im ersten Zug werden beispielsweise Schulhöfe in der Hühelstraße und der Matthäusstraße verschönert, der Spielplatz Clarenbachstraße erneuert und die Skaterhalle Wicked Woods energetisch verbessert sowie mit Außenanlagen zur Nordbahntrasse hin versehen. Endlich kann auch der Spielplatz im Nordpark angegangen werden. Hier hatte der Nordstädter Bürgerverein bereits vor Jahren 60.000 Euro bereitgestellt, 320.000 Euro wären vom Land gekommen - hätte die Stadt nur den Eigenanteil von 20.000 Euro einbringen dürfen!

„Es waren vor allem diese bizarren Sachverhalte, die keinem Bürger zu vermitteln sind, die letztlich zur Einsicht in Düsseldorf geführt haben“, erläutert Bell. Die rot-grüne Minderheitsregierung hat jetzt die Weichen gestellt, dass in den nächsten Jahren das Haushaltsrecht nicht mehr die sozialpolitischen Förderprogramme ad absurdum führen kann. Davon unabhängig kam jedoch für die Projekte „Soziale Stadt Wichlinghausen/Oberbarmen“ die noch für dieses Jahr greifende Lösung buchstäblich in letzter Sekunde. Denn ohne den aktuellen Bescheid, der einen Pfropfen für Investitionen in Höhe von 2,3 Millionen Euro löst, hätte man das 2013 bereits auslaufende Landesprogramm überhaupt nicht mehr in Anspruch nehmen können.

Nun hingegen sind auch die Anschlussmaßnahmen in den Folgejahren in trockenen Tüchern. Insgesamt kann die Stadt mit bis zu zehn Millionen Euro rechnen, die, so Bell, Reese und Slawig, für das soziale Klima gerade in diesen Stadtteilen dringend erforderlich sind.

Hendrik Walder

Man muss es nur wollen...

„Entscheidend ist letztlich der politische Wille, solche grotesken Fehlentwicklungen ändern zu wollen.“

Stadtkämmerer Johannes Slawig (CDU) in deutlicher Kritik an der kommunalfeindlichen Haltung der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung